

OstContact

Das Außenwirtschaftsmagazin

Ukraine: Heißer Boden für die Bodenreform

Kasachstan: Eine goldene Brücke nach Deutschland

Länderspezial: **Italien-Russland**

5 Armenien
Belarus
Kasachstan
Kirgisistan
Russland

2015 **EAWU**

Eurasische Wirtschaftsunion

2020

5 Jahre

Exklusiv:
Oliver Hermes
Vorsitzender des
Ost-Ausschusses
der Deutschen
Wirtschaft

Chinas Einfluss wächst

Alle postsowjetischen Länder erlebten in den letzten Jahren einen zunehmenden wirtschaftlichen Einfluss Chinas. Zugleich nähert sich Russland aufgrund der Sanktionen bewusst an China und die Türkei an.

Nach dem Zerfall der UdSSR waren die ehemaligen Länder der Sowjetunion im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Staaten nicht in der Lage, in ihren unabhängig gewordenen Territorien auf eine weitgehend eigenständige Produktion zurückzugreifen. Noch heute hängt häufig die Herstellung von Fertigwaren von Zulieferungen aus dem Westen ab. Ausnahmen finden sich in der Lebensmittelherstellung aller Länder sowie in der Flugzeug- und Waffenproduktion in Russland und der Ukraine beziehungsweise der russischen Raumfahrt.

Während die Wirtschaftskrise in Russland seit 2014 den Handel zwischen diesen Ländern stark beeinflusste, konnte China in der gleichen Zeit seine Handelszahlen mit allen EAWU-Staaten sowie seinen Einfluss auf sie ausbauen. So hat China seit 2013 Kredite in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar allein an Belarus vergeben, und die chinesischen Direktinvestitionen haben sich dort von 2017 auf 2018 verdoppelt.

Eine deutliche Verschiebung der Handelsströme hat sich beispielsweise bei Eisen und Stahl ergeben. Bezog China nach dem Zerfall der Sowjetunion aus der Ukraine praktisch deren gesamte Stahlproduktion, ist dies seit einigen Jahren auf EAWU-Länder übergegangen, da diese zu günstigen Preisen anbieten konnten. Zudem setzt China zunehmend auf weitere EAWU-Angebote wie Erdöl, Lebensmittel, Fleisch, Sonnenblumenöl, Häute und Felle – oft aus Kirgisistan und Kasachstan.

Dafür kann China im Gegenzug nicht nur Lebensmittel und Dienstleistungen oder fertige Erdölprodukte exportieren, es baut auch Raffinerien und Ziegelwerke, wie beispielsweise in Kasachstan. Da hierbei hauptsächlich chinesische Arbeiter zum Einsatz kommen, helfen diese Projekte nicht dabei, die

Arbeitslosigkeit in Zentralasien zu reduzieren. Ein Teil dieser aggressiven Wirtschaftsstrategie ist ferner, dass sich chinesische Unternehmen über lokale Standards hinwegsetzen und damit wettbewerbsfähiger sein können als westliche Firmen.

Die „afrikanische“ Expansionspolitik Chinas im postsowjetischen Raum hat zu differenzierten Ergebnissen geführt, die jedoch weitestgehend die Interessen Pekings abbilden.

Kasachstan: Große Bedeutung gewinnt die Freihandelszone Khorghos an der chinesisch-kasachischen Grenze. Zugleich ist das Land ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt für die Neue Seidenstraße, da es Europa und Asien verbindet und strategisch günstig im Zentrum des eurasischen Kontinentes liegt. Auf chinesische Initiative entsteht in Nur-Sultan ein Finanzzentrum mit Börse für ganz Zentralasien.

Armenien: Das Land hat im Mai 2019 ein Abkommen über Visafreiheit mit China abgeschlossen. Hintergrund waren Bestrebungen, gemeinsam Künstliche Intelligenz zu entwickeln. Armenien ist dafür auch bereit, Chinesisch als Fremdsprache in Sekundarschulen einzuführen. Zugleich soll der Export von Spirituosen nach China gefördert werden.

Kirgisistan: Praktisch alle kirgisischen Märkte bieten fast ausschließlich chinesische Produkte an, obwohl das Land über gut ausgebildete Fachkräfte sowie hochwertige Agrarprodukte verfügt. Die chinesischen Investitionen in die Infrastruktur beschränken sich oft auf Schnellstraßen, um Exporte zu forcieren. Und „neue“ Produktionsanlagen sind oft vorher in China einfach abgebaut worden.

Inwieweit sich die EAWU-Mitgliedstaaten weiter gen China ausrichten, wird nicht nur von der Wirtschaftsentwicklung Russlands und den Handelsabkommen mit Drittstaaten abhängen, sondern auch von einer verstärkten Zusammenarbeit mit der EU.

Ilona Wiener

Vorstandsvorsitzende Bundesvereinigung binationaler Gesellschaften e. V.